Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► **Regierungsratsbeschluss vom 19. Juni 2012**

P120795

Einladung zur konferenziellen Anhörung Zweitwohnungsinitiative - Vorankündigung

://: 1. Der vorgelegte Briefentwurf wird zur Ausfertigung und Weiterleitung an das Bundesamt für Raumentwicklung genehmigt.

Begründung

Die Zweitwohnungsinitiative wurde in Basel-Stadt mit gut 62 % Ja-Stimmen angenommen. Damit hat die Basler Stimmbevölkerung deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie es wichtig findet, dass etwas gegen die Zersiedelung der landschaftlich attraktivsten Räume der Schweiz unternommen wird. Der Regierungsrat erachtet es deshalb als zentral, dass die Umsetzung des neuen Verfassungsartikels 75b eindeutig im Sinne des Volksentscheids erfolgt. Auch in der Übergangszeit bis zum Vorliegen der gesetzlichen Regelung, die jetzt durch den Verordnungsentwurf geregelt wird, darf keine Verwässerung des Volkswillens stattfinden. Dieser Grundsatz formuliert der Regierungsrat zuhanden des Bundesamtes für Raumentwicklung im Rahmen seiner Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung über den Bau von Zweitwohnungen zur Umsetzung der Volksinitiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!“.

STAATS-KANZLEI BASEL-STADT